



Kontaktperson:
Jeannette Losa, Kantonsrätin
Bachwiesstr. 9, 9402 Mörschwil
Tel. 078 734 33 40
jeannette.losa@gruene-sg.ch

Per E-Mail an:
Kanton St.Gallen
Amt für Soziales
info.diafso@sg.ch

31. August 2021

Vernehmlassungsantwort: «Gestaltungsprinzipien der Alterspolitik: Gutes Alter(n) gemeinsam aktiv gestalten»

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 18. Juni 2021 haben Sie uns im Vernehmlassungsverfahren «Gestaltungsprinzipien der Alterspolitik» zur Stellungnahme eingeladen. Gerne unterbreiten wir Ihnen hiermit unsere Vernehmlassungsantwort.

Allgemeine Bemerkungen

Wir beurteilen den Bericht grundsätzlich als sehr positiv und umfassend. Der Aufbau ist nachvollziehbar und gut lesbar. Der Bericht zeigt auf, dass sich der Kanton St.Gallen für die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen in der Alterspolitik engagiert, dass Probleme erkannt und Lösungen gesucht werden, damit optimale Rahmenbedingungen geschaffen werden können.

Beeindruckend ist die sehr breite Analyse und Sicht auf das, was alte Menschen und ihre Angehörigen in Zukunft brauchen und wo die Gesellschaft Bedingungen schafft, oder schaffen muss, die diesen Ansprüchen entsprechen sollen.

Etwas zu kurz geraten sind die zunehmend vorhandenen und vielseitig einsetzbaren Ressourcen der älteren und alten Bevölkerung. Um dieses Potenzial nutzen zu können, sollte ihm genügend Beachtung geschenkt werden und entsprechende Strategien sollten in die zukünftige Alterspolitik implementiert werden. Das Eingebundensein von älteren und alten Menschen in politischen und gesellschaftlichen Prozessen und damit die Erkenntnis, dass das Alter mehr ist als alt sein, sondern Ausdruck an Erfahrung, Wissen, Kraft und Weisheit muss als prioritär betrachtet werden.

Bei den Massnahmen ist uns deren Unverbindlichkeit aufgefallen. Vieles ist noch wenig konkret. Im Hinblick auf den raschen demografischen Wandel und seine vielseitigen Folgen scheint es uns heute dringend, gezielt Massnahmen einzuleiten.



Nicht erwähnt wird das Thema Gendermedizin, insbesondere im Hinblick auf die höhere Lebenserwartung der Frauen. Obwohl das hohe Alter vermehrt Frauen betrifft, sind keine spezifischen Massnahmen ersichtlich.

Viele Verantwortlichkeiten werden den Gemeinden übertragen. Um diese wahrnehmen zu können, brauchen die Gemeinden finanzielle und personelle Ressourcen. Es liegt auf der Hand, dass finanzstarke Gemeinden hier mehr Handlungsspielraum haben. Zu diesem Thema nimmt der Bericht keine Stellung. Es besteht die Gefahr, dass ein Graben zwischen den reichen und weniger wohlhabenden Gemeinden entsteht. Im Weiteren wird auch nicht klar definiert, wo und in welcher Form der Kanton Unterstützung anbietet und in welchem Zeitraum die Gemeinden die Massnahmen umsetzen müssen.

Stellungnahme zu einzelnen Abschnitten

2.5 Generationenbeziehungen (S. 19)

Der Bericht hält fest, dass aufgrund verschiedener Veränderungen die Belastung für pflegende Nachkommen zugenommen hat und dass es v.a. bei Töchtern und Schwiegertöchtern zu einem Vereinbarkeitskonflikt zwischen Erwerbstätigkeit und Unterstützung bzw. Pflege von Eltern- und Schwiegereltern kommt.

Warum werden hier nicht auch die Söhne und Schwiegersöhne angesprochen? Wir meinen, dass es im Jahr 2021 nicht mehr selbstverständlich sein soll, dass nur die weiblichen Nachkommen für die Mitsorge der Eltern zuständig sein müssen (oder dürfen), und wünschen hier eine entsprechende Ergänzung im Text.

3.1 Vision (S. 21)

Die formulierte Vision bedarf wohl auch eines Kulturwandels, was neben den finanziellen Auswirkungen und Bereitstellungen auch eine Generation Zeit, Erfahrung und Anpassung benötigt. Hier sollten Massnahmen, um diesen Wandel zu unterstützen, mehr im Fokus stehen.

5.4 Sorgeskultur – Caring Community (S. 27)

Die zukünftige Herausforderung wird gut aufgezeigt, aber es fehlen innovative Ansätze.

6.3 Fazit Gest.-prinzip «ökonomische Sicherheit ist für alle gewährleistet» (S. 30)

Hindernisfreies Bauen ist nicht einfach altersgerechtes Bauen. Es braucht für alte Menschen nebst der Einhaltung des PBG und des BehiG weitere Massnahmen.

Günstiger Wohnraum: Die Gemeinde hat via Raumplanung wenig Möglichkeiten, günstigen Wohnraum zu schaffen, aber sie kann sich für die Förderung des genossenschaftlichen Wohnraums



einsetzen. In diesem Bereich kann die Gemeinde grossen Einfluss nehmen. Dieser Aspekt wird nicht erwähnt und muss ergänzt werden.

7 Gesundheitsvorsorge und Versorgung im Alter (S. 35)

Die Gesundheitsvorsorge unter P7 und die Unterstützung unter P8 ist in vielen Teilen bereits aufgeleistet und erprobt. Gleichzeitig bedarf es noch mehr den Fokus auf die Gesundheitsförderung und Prävention zu richten, weil auch da die Erfahrung des Gebrauchtwerdens aufbauend und gesundheitsfördernd ist.

8 Unterstützung, Betreuung und Pflege (S. 43)

Künftig wird es aufgrund der demografischen Entwicklung mehr Pflegepersonal und insbesondere mehr Pflegefachpersonal brauchen. Der Kanton St.Gallen hat dazu im Jahr 2016 eine Arbeitsgruppe gegründet, welche sich spezifisch diesem Thema annehmen. Leider wird im Bericht nicht erwähnt, welche Ergebnisse und Massnahmen 5 Jahre nach der Bildung der Arbeitsgruppe entstanden oder vorhanden sind. Bei der Zusammensetzung der AG haben wir uns gewundert, dass keine Vertretung des SBK vorhanden ist.

Es fehlen aber nicht nur zunehmend Pflegefachpersonen, sondern auch Hausärzt*innen, v.a. in den ländlichen Gebieten. Für die komplexen, multimorbiden Erkrankungen braucht es das richtige Fachwissen, dazu müssen dringend mehr Geriater*innen ausgebildet werden. Der Bericht nimmt zum Thema Bewilligungspraxis und Ausbildung nur ungenügend Stellung.

8.1.1 Demenz (S. 46)

Diesem Thema wird zu wenig Beachtung geschenkt, obwohl festgehalten wird, dass in den nächsten 25 Jahren eine deutliche Zunahme von demenzbetroffenen Menschen zu erwarten ist. Auf die Demenzstrategie des Kantons St.Gallen wird nicht näher eingegangen bzw. es fehlt eine entsprechende Anknüpfung.

Die in der Demenzstrategie formulierten Wirkungsziele Enttabuisierung und Sensibilisierung sind in den Gestaltungsfeldern wenig sichtbar. In Anbetracht der zunehmenden Dimension (in 25 Jahren über 300'000 betroffene Menschen) müsste dieser Aspekt mehr miteinbezogen werden.

8.3.4 Care-Migration (S. 50)

Vermeehrt werden zur Betreuung alter Menschen zu Hause Care-Migrantinnen beschäftigt. Die in einer Studie des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums festgehaltenen Gründe dürften auch heute, 8 Jahre später, noch aktuell sein. Wird diesen Gründen in den Gestaltungsprinzipien genügend Rechnung getragen?



Die Beschäftigung von Care-Migrantinnen bringt, wie richtig festgehalten wird, vielfältige Fragestellungen mit sich. Einige davon werden im Bericht erwähnt, jedoch längst nicht alle. Das Gesundheitsdepartement hat sich mit diesen Fragen befasst und arbeitet zur Zeit an einem Konzept.

- Mit welchen Fragestellungen hat sich das GD eingehend befasst?
- Wenn bereits an einem Konzept gearbeitet wird, welches sind die Antworten auf die vielfältigen Fragen?

Wir danken Ihnen für den vielseitigen, informativen und vielversprechenden Bericht und für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

GRÜNE Kanton St.Gallen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "J. Losa".

Jeannette Losa
Kantonsrätin

A handwritten signature in black ink, appearing to read "R. Würmli".

Rahel Würmli
Vizepräsidentin